Vorlage Nr. 447/11

Betreff: **Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Kindertageseinrichtungen und für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege**

Status: **öffentlich**

Beratungsfolge

Jugendhilfeausschuss			24.11.2011		Berichterstattung durch:		Herrn Linke Herrn Gausmann		
TOP	Abstimmungsergebnis						z. K.	vertagt	verwiesen an:
	einst.	mehr.	ja	nein	Enth.				
Haupt- und Finanzausschuss			29.11.2011		Berichterstattung durch:		Herrn Linke Herrn Gausmann		
TOP	Abstimmungsergebnis						z. K.	vertagt	verwiesen an:
	einst.	mehr.	ja	nein	Enth.				
Rat der Stadt Rheine			13.12.2011		Berichterstattung durch:		Herrn Fühner Herrn Linke		
TOP	Abstimmungsergebnis						z. K.	vertagt	verwiesen an:
	einst.	mehr.	ja	nein	Enth.				

Betroffene Produkte

2102	Tageseinrichtungen für Kinder
------	-------------------------------

Betroffenes Leitbildprojekt/Betroffene Maßnahme des IEHK

--

Finanzielle Auswirkungen

☐ Ja	☒ Nein
☐ einmalig	☐ jährlich ☐ einmalig + jährlich
Ergebnisplan	
Erträge	
Aufwendungen	
Investitionsplan	
Einzahlungen	
Auszahlungen	
Finanzierung gesichert	
☐ Ja	☐ Nein
durch	
☐ Haushaltsmittel bei Produkt / Projekt	
☐ Mittelumschichtung aus Produkt / Projekt	
☐ sonstiges (siehe Begründung)	

mittelstandsrelevante Vorschrift

Ja Nein

Beschlussvorschlag/Empfehlung:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt den Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat der Stadt Rheine, die dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügte 4. Änderungssatzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Tageseinrichtungen für Kinder und in Kindertagespflege rückwirkend zum 01. 08. 2011 zu beschließen.

Begründung:

Durch die Novellierung des Kinderbildungsgesetzes NRW zum 01. 08. 2011 wurde u.a. die Beitragsfreiheit im letzten Jahr vor der Einschulung eingefügt. In das Gesetz wurde folgender Passus eingefügt:

„Die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege durch Kinder, die am 01. August des Folgejahres schulpflichtig werden, ist in dem Kindergartenjahr, das der Einschulung vorausgeht, beitragsfrei.“

Diese Änderung hat Auswirkungen auf die ansonsten kommunal zu regelnde Beitragspflicht. Diese Problematik wurde dem Jugendhilfeausschuss am 29. 09. 2011 im Rahmen der Vorlage (345/11) dargelegt und ein Lösungsvorschlag unterbreitet.

Der Jugendhilfeausschuss folgte dem Beschlussvorschlag und beauftragte die Verwaltung, die Satzungsänderung für die Elternbeitragsatzung zur Beschlussfassung vorzubereiten.

Die vorgenommenen Änderungen beziehen sich auf

- die Einarbeitung der Beitragsfreiheit im letzten Jahr vor der Einschulung
- die veränderte Geschwisterkindregelung
- die Anrechnung von Eltern geld

Aus der als Anlage 1 beigefügten Synopse sind das bisherige Beitragsrecht und das neue Beitragsrecht zu entnehmen.